

Bezugspreis: Vierteljahr 6,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ...

Anzeigepreis: Die achtzehntelbeilige Konkurrenzzeit ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 13. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Befehlennigte Vorarbeiten für die Nationalversammlung.

Infolge der allgemeinen Lage und einem stürmisch geäußerten Wunsche der Bevölkerung wird vermutlich die Wahl der Nationalversammlung zu einer früheren als dem ursprünglich angenommenen Termin stattfinden.

Die Reichsleitung und Herr Fehrenbach.

Die Berufung auf die Entente.

Es ist einzuwenden anzunehmen, daß die Einberufung des gewählten Reichstags durch Herrn Fehrenbach oder vielmehr die Vorbereitung zu ihr — denn zur Tat ist es einzuwenden noch nicht gekommen — nichts anderes ist als ein gegenrevolutionäres Manöver der bürgerlichen Rechtsparteien.

Wir sind heute ein geschlagenes Volk, und wenn uns die Entente wirklich zwingen würde, den gewählten Reichstag zum Leben zu erwecken, so wäre das noch immer nicht das schlimmste, was uns passieren könnte.

Die deutschen Politiker aber, die unter Berufung auf die Entente die Einberufung des Reichstags erzwingen wollen, lassen jede Spur von politischer Ueberlegung und von besserer nationaler Würde vermissen.

Die Regierung der Entente sind bürgerliche Rechtsparteien. Zwischen ihnen und unseren bürgerlichen Rechtsparteien besteht ein unsichtbares Band.

Herr Fehrenbach vom Zentrum wird sich nicht von der Enklave reinigen können, daß er und seine bürgerlichen Hintermänner einen Akt nationaler Entwürdigung begehen.

Der „Berliner Volksanzeiger“ veröffentlicht folgende Unterredung mit Herrn Fehrenbach: „Wie es Ihnen gelungen ist, den Zusammentritt des Reichstags durchzuführen?“

Herr Fehrenbach gesteht also, daß das Gelingen seines Planes ganz von der Haltung der Entente abhängt.

Die Verfassungskommission.

Die vom Staatssekretär des Innern einberufene Kommission von Sachverständigen zur Vorbereitung der künftigen deutschen Verfassung hat gestern ihre Arbeiten beendet.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Freiheitsbeschränkungen der deutschen Unterhändler beseitigt — Drohende Besetzung der neutralen Zone.

Generalissimo Hoch und der englische General Pershing sind in Trier eingetroffen.

Ueber die in Trier geführten Verhandlungen wegen Verlängerung des Waffenstillstandes kann mitgeteilt werden, daß die Forderungen des Marschall Hoch gestern nach Berlin übermittelt wurden mit der Bitte um Instruktionen des Rates der Volksbeauftragten.

Die Absichten Marschall Hoch hängen sich darauf, daß verschiedene Bedingungen des Waffenstillstandes, besonders hinsichtlich der Verkehrsmittel, nicht erfüllt worden sind.

Sturm im französischen Parlament

Sozialisten gegen die Intervention in Rußland — Leidenschaft über Vorfalles.

Die französische Kammer hatte am Mittwoch eine aufregende und tumultuöse Sitzung. Die vorbereitete Einmischung der Entente in Rußland hatte die heftigsten Angriffe aller sozialistischen Richtungen zu erleiden.

Passant und Alexandre Blanc ihre Interpellation über die Verhandlungspolitik gegenüber Rußland zur Sprache. Wichon lehnte jede Erweiterung der Interpellation ab, da sie ein Gebiet berührte, wegen dessen kurzzeitige Verhandlungen mit den Alliierten stattfänden.

Casimir erklärt schon, seit vier Jahren haben die Regierung das Parlament und seine Ausschüsse vollkommen im Klaren über die auswärtige Politik gelassen.

Abbruch der polnischen Beziehungen zu Rußland.

Warschau, 12. Dezember. (TA) Das Ministerium des Auswärtigen hat der polnischen Vertretung in Moskau telegraphisch die Aufforderung erteilt, alle Vertretungen der polnischen Regierungen in Rußland sofort zu schließen.

Warschau, 12. Dezember. (TA) Dem „Kurier Poranny“ zufolge entfallen bolschewistische Wunden im polnischen Industriegebiet eine bedrohliche Tätigkeit.

Flüchtlinge. Dem Sicherheitsdienst des Obersten Kommandos der Niederlande ist es gelungen, auf dem Ostseeufer Hamburg-Wehdel etwa 50 Militär- und Zivilpersonen, die Winterwagen schwanden und Lebensmittel, Spirituosen usw. entwendet hatten, zu verhaften.

Was uns not tut.

Von Otto Braun, vormal. Landwirtschaftsminister.

Arbeit und Brot müssen wir jetzt unserem Volke schaffen und schnell müssen wir es schaffen.

Die auf die Veredelung und Verarbeitung ausländischer Rohprodukte und auf den Export eingestellte Industrie wird ihre Tätigkeit in früherem Umfange sobald nicht aufnehmen können.

Da uns zur Bezahlung der für unsere Industrie unerläßlichen überseeischen Rohprodukte und der zur Ernährung unseres Volkes erforderlichen Lebensmittel, die wir vom Ausland beziehen müssen, ohnehin die notwendigen Devisen fehlen, wir sonach sehr teuer kaufen werden, müssen wir bemüht sein, unserem heimischen Boden soviel abzurufen, wie ihm mit den Mitteln, die uns Wissenschaft und Technik bieten, eben abgerungen werden kann.

Durch die Kultivierung unserer großen Moor- und Niedlandflächen, die bereits vor dem Kriege in Angriff genommen war, auch in der Kriegszeit, soweit Arbeitskräfte zur Verfügung standen, erheblich gefördert worden ist und nunmehr, wenn sich Arbeitskräfte aus den Städten bereitstellen, in verstärktem Umfange durchgeführt werden soll.

Die starke Steigerung der Erträge unseres Bodens in den Jahren vor dem Kriege beruhte zum Teil auf der zunehmenden Verwendung künstlicher Düngemittel.

Das gleiche gilt für ausreichendes und geeignetes Saatgut. Beides, Dünger wie Saatgut, kann indes zu besserer Wirkung nur gelangen bei intensiver Bearbeitung des Bodens.

Das wichtigste ist aber die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl geeigneter Arbeitskräfte.

Wir müssen beider Arbeitskräfte aus den Städten und Industrieorten zur Landarbeit herangezogen werden.

Die Anstände, die früher zahlreiche Arbeiter vom Lande vertreiben, sind zum Teil bereits beseitigt.

Die wichtigste freilich, auch die schwierigste Aufgabe ist die Lösung der Wohnungsfrage auf dem Lande.

auf dem Tische nicht weiter spielen. Es muß ein Entschluß gefaßt und eine Entscheidung gefällt werden. So geht es nicht weiter!

Dreißigstündig beschäftigt damit, was hier schon so oft gesagt worden ist, daß mit dem Ende des Streiks über die Kriegskredite die besondere Funktion der Unabhängigen, mag sie nun nützlich oder unheilvoll gewesen sein, zu Ende ist und daß es nur noch eine Sozialdemokratie geben kann. In dieser einen Sozialdemokratie werden sich natürlich wieder verschiedene Strömungen herausbilden, es wird Gemäßigtere und Radikalere in ihr geben, aber die Zweiteilung in Sozialdemokraten und Unabhängige ist historisch erledigt.

Einberufung der preussischen Nationalversammlung.

Aus Sonntag nach den Reichswahlen.

Das preussische Staatsministerium hat gestern beschlossen, die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung für den Sonntag nach den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung auszuschreiben. Finden diese also am 18. Februar statt, so sind die preussischen Nationalwahlen am 23. Februar. Die Wahl der Nationalversammlung der A. und S. M. ist eine Vorverlegung des Wahltermins für das Reich, so nicht damit auch der Wahltermin in Preußen vor.

Baldige Nationalversammlung und vollziehende Gewalt durch die Reichsregierung.

Eine Kundgebung von Arbeiter- und Soldatenräten.

Eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte für Ost-Preußen und die lippsischen Freistaaten in Bielefeld, beschickte aus 20 Orten durch 50 Vertreter, nahm einstimmig folgende Entschlüsse an:

Die Konferenz der Arbeiter- (Volls-) und Soldatenräte im östlichen Preußen und in den lippsischen Freistaaten erhebt nachdrücklich die Forderung, die Wahlen zur Nationalversammlung zu einem früheren Termin vorzunehmen, damit die Festigung der Demokratie und eine schnelle Herbeiführung des Friedens erreicht wird.

Von dem Kaiserkongress erwartet die Konferenz eine Abgrenzung der Befugnisse des Berliner Volkskongresses in der Richtung, daß der vollziehende Gewalt ausdrücklich in die Hände der Reichsregierung gelegt wird.

Die Soldatenräte des 20. Reservekorps (Münster) protestieren gegen die Absicht, den Reichstag einzuberufen. Sie fordern baldige Einberufung der Nationalversammlung.

Die Vollversammlung sämtlicher Truppen im Kreis Hella (Voll-) fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung und wendet sich dagegen, daß die heimischen Soldatenräte als Vertreter der Fronttruppen ausgeben. „Die Soldatenräte sollen die Regierung selbstlos unterstützen“ und vernünftige Sparmaßnahmen üben.

Niedergeschlagener Offiziersaufbruch in Detmold.

Die richtige Antwort auf Provokationen.

In Detmold hatte der Kommandeur des 57. Infanterie-Regiments, Major Plag, durch Garnisonbefehl die Abführung des Soldatenrates angeordnet und das Verbot des Ausgehens erlassen. Die Soldaten der Garnison hängens sich jedoch diese Freizügigkeit nicht gefallen. Sie besetzten sich jedoch die Waffen der eben erst aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden, durchzogen unter Vorantzung roter Fahnen die Straßen und nahmen eine drohende Haltung ein. Infolge dieser Verkommenheit wurde die Festlichkeit für die aus dem Felde zurückgekehrten Offiziere in den Staatsverhältnissen nach einer Stunde abgebrochen. Die Frontsoldaten zogen in ihre Quartiere zurück, brachen und die Frontsoldaten zogen in ihre Quartiere zurück. Sie besetzten dann die Kasernen 2 und 3 und die Schulen, während die Garnisonssoldaten die Kaserne 1 besetzt hielten. Die nach dieser Kaserne führenden Straßen wurden abgesperrt und bewaffnete Truppen, versehen mit roten Abzeichen, suchten teilweise mit aufgesetztem Seitengewehr die Soldaten nach Offizieren ab und suchten sie zu entwaffnen. Mitterweile hatten zwischen den beiden Parteien, Front- und Garnisonssoldaten, Besprechungen stattgefunden, die zur Einigung führten und ein telegraphischer Befehl vom Generalkommando des 7. A. K. in Münster hatte den bisherigen Soldatenrat wieder in seine alten Rechte eingesetzt. Eine Verlesung der Soldaten am Sonntag schaffte sodann die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege. Die Soldatenangelegenheit wird dahin gerichtet, daß Garnison und Frontsoldaten gemeinsam einen Soldatenrat wählen.

Sämtliche Festlichkeiten zum Empfang der heimkehrenden Krieger wurden abgefragt. Die Schuld an diesem bedauerlichen Resultat trägt allein das provokierende Benehmen der Offiziere, namentlich des Major Plag.

Gewerkschaftsbewegung

Die Streikbewegung bei A. Wertheim.

Die Angestellten verlangen eine einmalige Entschädigungssumme. Auch das gesamte Personal und zwar je nach der Dauer der Beschäftigung von 100 bis 500 M. Die Firma will jedoch nur für das ältere Personal 400 M. für verheiratete Männer, 300 M. für unverheiratete und 200 M. für weibliche Angestellte zahlen. Die Verhandlungen über die Forderungen der Angestellten haben sich längere Zeit hingezogen. Darauf hat der Betriebsausschuß ein Ultimatum an die Firma gestellt. Die Firma erwiderte darauf keine Antwort, sondern machte durch Kündigung bekannt, welche Kündigungen sie zu machen bereit ist. Bei weiteren Verhandlungen wurde der Verzögerung gemocht, die Firma mehr anzuhören. Die Forderungen der Angestellten und den Reich im Januar 1918. Die Firma blieb jedoch bei ihrem Angebot, wollte aber mit der Konzeption in Verbindung treten und eventuell eine Nachzahlung leisten. Darauf ist das Personal nicht eingegangen, sondern hat am 12. Dezember eine Versammlung einberufen, an der 4000 Angestellte teilnahmen. Die Versammlung beschloß den Ausbruch der Bewegung mit wenigen Ausnahmen durchgeführt wurde. Im Anschluß an die Versammlung fand ein Aufruf statt. Kurzzeitige Verhandlungen mit dem Betriebsausschuß, Polizeipräsident Eichhorn verlor die Firma zur Bewilligung der Forderungen an. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird heute Abend in einer Versammlung im Rathaus bekanntgegeben werden.

Die Firma Wertheim macht und hierüber folgende Mitteilung: Der bei unserer Firma heute ausgebrochene Streik ist auf folgende Ursache zurückzuführen:

Die Mehrheit unserer weiblichen Angestellten, geleitet durch den Rentierverband der Handlungsgeschäfte verlangte eine einmalige Entschädigungssumme in geschätzten Säben bis zu 500 M. Wir hatten daraufhin einen Aufruf herausgegeben, der je nach Dauer der Anstellung und nach Gehalt bei Verkäufersinnen bis

250 M., bei Herren bis 400 M. anstieg. Insgesamt sollten 700 000 Mark zu Verteilung kommen.

Dieses genügte den Beteiligten nicht. Ein weiteres Entgeltkommen hätten wir nicht für möglich gehalten, weil unser Lohnverhältnis eine noch größere Belastung nicht verträgt und wir es nicht für gerechtfertigt hielten, daß die ganze Forderung einseitig nur an unser Unternehmen gestellt wurde.

Schließlich bemerkten wir noch, daß die von unserer Firma gehaltenen Gehälter keinesfalls niedriger sind, als in anderen Geschäften. Wir haben während des Krieges 12 Gehälter mehrmals erhöht, zuletzt im Oktober dieses Jahres. In den letzten beiden Jahren betragen die Zulagen insgesamt ca. 3 Millionen Mark. Seit Beginn des Krieges beträgt die Erhöhung der Gehälter fast 80 Proz.

Der Konflikt in den Siemens-Werken.

Zu der Notiz, die wir am Donnerstagabend veröffentlichten, teilt uns die Direktion der Siemenswerke mit, die Angabe, sie habe den Arbeiter- und den Angestelltenausschuß nicht anerkannt, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig sei vielmehr folgendes:

Betriebsräte wie sie auf Grund der letzten Verfügung des Volksgesetztes gewählt werden sollten, bestanden noch nicht, weil niemand wisse, nach welchem Modus dieselben zu wählen seien. Die gegenwärtig im Betriebe bestehenden Ausschüsse der Arbeiter und Angestellten, die ordnungsmäßig und in Übereinstimmung mit den früheren Verfügungen des Volksgesetztes zustande gekommen seien, erkenne die Direktion selbstverständlich an und habe auch mit ihnen verhandelt. Die Direktion halte sich streng an das Übereinkommen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften. Auf Grund desselben sei eine paritätische Kommission eingesetzt, die gegenwärtig über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt. Die Arbeiter und Angestellten hätten aber das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht abgewartet, sondern Lohnforderungen gestellt, welche die Direktion mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht erfüllen könne. Zur Vertretung dieser Forderungen hätten die Arbeiter und Angestellten auf Veranlassung einer radikalen Minorität der Betriebsräte eine Kommission eingesetzt. Diese Kommission erkenne die Direktion allerdings nicht an, weil sie weder auf Grund der Vertretung des Volksgesetztes noch auf Grund des Abkommens mit den Gewerkschaften kompetent sei, die Arbeiter und Angestellten des Betriebes zu vertreten.

Der Konflikt in den Siemenswerken ist ja, wie bekannt, beilege und die Arbeit ist gestern vormittag wieder aufgenommen worden.

Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat mit dem Deutschen Technikerverband Verhandlungen zwecks Abschluß eines Kollektivvertrages begonnen. Die Verhandlungen erstrecken sich zunächst auf die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, auf Fragen der Kündigung bzw. Entlassung, auf Gehaltsfragen und die Einrichtung einer Schlichtungsstelle. Sie sollen so gefördert werden, daß bis 22. Dezember über die genannten Fragen eine Einigung erzielt ist. Im Anschluß an diese Verhandlungen soll später über weitere Punkte des Arbeitsvertrages sowie des Arbeitsnachweises verhandelt werden.

Am Donnerstag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, wird im Kaiserpalast, Berlin C, Kaiser-Wilhelm-Str. 81, in einer öffentlichen Versammlung aller hiesigen Anstellungen Redakteur Kaufmann über die Forderungen der Bauarbeiter sprechen und dabei Bericht über den Verlauf obiger Verhandlungen erstatten.

Verbot der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Der Demobilisationsausschuß Berlin hat, einer Anregung aus Arbeiter- und Arbeitnehmerkreisen folgend, beschlossen, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe während der Demobilisationszeit zu verbieten. Vereine, die sich mit Stellenvermittlung befassen und Mitgliederbeiträge erheben, werden den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen gleichgestellt werden. Diese Anordnung ist erlassen, um die dringende dringende Konzentration des gesamten Arbeitsnachweises bei den hierfür bestehenden staatlichen Einrichtungen zu sichern.

Groß-Berlin

Die Studententwehr.

Bericht des Polizeipräsidenten Eichhorn.

Im Volksgesetzrat diskutierten gestern Abschriften einer Besichtigung des Polizeipräsidenten Eichhorn über die gegenrevolutionäre Organisation der Studententwehr, von denen eine Anzahl Mitglieder am 7. Dezember verhaftet wurden. Die „rote Fahne“, in deren Besitz dieser Bericht gelangt ist, weiß darüber folgendes zu melden:

In dem ersten Bericht des Herrn Polizeipräsidenten wird geschrieben, daß die Zusammenkünfte eines größeren Kreises von Offizieren und Studenten im Hotel Bristol die Bildung einer weißen Garde und die Vorbereitung gegenrevolutionärer Unternehmungen bezweckten. Der Polizeipräsident begab sich darauf in das genannte Hotel und traf dort in drei zusammenhängenden Zimmern eine größere Gesellschaft junger Leute an, zumeist ehemalige Offiziere und Studenten der Universität. Als Zweck der Zusammenkunft wurde die Bildung einer studentischen Soldatenwehr bezeichnet. Die studentische Soldatenwehr sollte sich militärisch einrichten und den Gardejägern oder Garde-Schützen angeschlossen werden. Das Kriegsministerium und die Kommandantur billige den Plan, die letztere habe Waffenbeweise ausgestellt und ihr Einverständnis erklärt, daß die studentische Soldatenwehr in den Räumen der Universität Quartier nehme. Eine Durchsichtigung der Räume ergab, daß die Versammelten fast durchweg mit Pistolen bewaffnet und mit Munition versehen waren. Bei einem Versuch, einen Studenten Jarner wurde eine Empfangsbefehlskarte über 600 Gewehre gefunden. Die Schriftstücke waren unterzeichnet: Das Kriegsministerium; Hauptmann Lorenz. Die nunmehr festgehaltenen Personen erklärten sämtlich, daß sie auf dem Boden der gegenrevolutionären Regierung ständen. Sie rechneten mit einer Beteiligung von 600 Studenten, 400 seien bereits in den Listen eingetragen. Ein vorgefundenes Schriftstück deutete auf eine Verbindung mit den Offizieren des Reiches gegen den Volksgesetzrat hin. In einem anderen Schriftstück war von Waffenkauf, Klermpflicht, Munitionsdépôt, Zentrale, Flieger für bestimmte Zwecke, Plannenverschiebung, usw. die Rede. Daraus wurden die Anwesenden verhaftet, ebenso der später eingeflossene Hauptmann Lorenz, Dr. Sod, die Pentanten Steinbach und Jörner. Im Laufe des vorigen Sonntags wurden dann etwa 20 Studenten vorübergehend festgenommen, die sich dem Hotel Bristol kamen, um Gewehre in Empfang zu nehmen. Sie waren zumeist mit Pistolen bewaffnet und reichlich mit Munition versehen. Sie hatten zum Teil in der Universität übernachtet und glaubten die Aufgabe zu haben, die für den Sonntag erwarteten Demonstrationen mit Waffengewalt auszuführen. Die jungen Leute konnten alsbald entwaffnet werden, da sie sich durchweg in gutem Glauben befanden, eine von der Regierung gewünschte Lot zu sein. Eine Hausdurchsichtigung bei Dr. Sod im Hotel Bristol ergab über 10 000 Mark an barer Gabe und Münzleistungen über je 1000 Mark und 500 Mark. Auf die Frage, woher das Geld komme, gab Dr. Sod an, daß Freiherr v. Stumm, früher im Auswärtigen Amt, diese Summe für die studentische Soldatenwehr gestiftet habe. Eine weitere Untersuchung ergab, daß einige Hundert Postbeamte sich in den Dienst einer „Anti-Sparta-

Organisation“ stellen wollten. Der Berliner Polizeipräsident Preußlich sei angegangen worden, Namen von zuverlässigen Schulreuten und Polizeioffizieren zu nennen, B. soll auch diese Aufgabe gegeben haben. Aus einer Notiz geht eine Verbindung mit der Deutsch-Nachrichten-Beamteneinigung hervor. Eine andere Notiz spricht von sechs Waffenniederlagen in Oranienburg. Die studentische Organisation soll auf eigene Faust Versammlungen abgehalten, und sich mit dem Kriegswachstum in Verbindung setzen. Eine politische Polizei sollte mit Hilfe eines ausgedehnten Nachrichtenendienstes eingerichtet werden. Endlich wurde bei der Vernehmung festgestellt, daß die beiden Studenten Brüder Hedendorff im Begriff ständen nach Köln zu fahren, um amerikanische Truppen für die Aufrechterhaltung der nach ihrer Meinung von links her gefährdeten Ordnung herbeizuholen. Der Bericht des Polizeipräsidenten schließt, daß die Verhaftung bei der Ausrüstung der Studenten und Offiziere mit Pistolen am Demonstrationssonntag eine dringende Notwendigkeit gewesen sei. Zweifellos wäre es, falls die Studenten nicht verhaftet worden wären, zu blutigen Zusammenstößen mit den demonstrierenden Volksmassen gekommen. Deshalb habe er, der Polizeipräsident, angeordnet, daß die teilnehmenden Personen der studentischen Soldatenwehr, Hauptmann Lorenz und Dr. Sod, in Schutzhaft blieben. Die „rote Fahne“ weiß übrigens noch zu melden, daß die Waffenlieferung an die Studenten im Einverständnis mit dem Abteilungschef und Departementsdirektor im Kriegsministerium, General v. Wisberg, erfolgt sei.

Die Studenten gegen den Polizeipräsidenten.

Eine Korrespondenz berichtet: Die Berliner Studentenschaft, tief entsetzt über das rücksichtslose und tief beschämende Vorgehen des Polizeipräsidenten Eichhorn und seiner Soldaten gegenüber Berliner Studenten, hat einmütig beschlossen, sich am Sonnabend, den 14. d. Mts., vormittags, in corpore vor der Universität, unter den Linden, zu versammeln, um in geordnetem Zuge nach dem Alexanderplatz zu marschieren, wo dem Polizeipräsidenten Eichhorn durch eine Abordnung der Studentenschaft gegen die ungesetzliche Festnahme zahlreicher Studenten, ihre ungesetzliche Einsperrung und rücksichtslose, brutale Behandlung und den Diebstahl an Ausrüstungsgegenständen überbracht werden soll.

Wie aus von Seiten sozialistischer Studenten mitgeteilt wird, befindet sich diese Demonstration lebhaft auf die Anhänger der Studententwehr. Sowohl die sozialistischen wie weiche Kreise der übrigen Studentenschaft haben der Demonstration ablehnend gegenüber.

Zu den Neuföllner Vorgängen.

Auf den Protest der hiesigen Arbeiterpartei von Neufölln hat sich das preussische Ministerium des Innern dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat nachdringende Stellungnahme übermittelt: Berlin, den 19. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Neufölln hat den von der gegenwärtigen Regierung für das ganze Staatsgebiet erlassenen Vorschriften zuwider gehandelt, indem er durch seine Maßnahmen sowohl die Stadtverordnetenversammlung wie den Magistrat und die hiesigen Bezirksverordnetenversammlungen von Neufölln teils in der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert, teils aufgelöst hat. Er hat ferner in seiner Besetzung das Recht der öffentlichen Gewalt, das nach den bestehenden Bestimmungen bei der gegenwärtigen Lagerung und den bisherigen Verhältnissen verbleiben muß, sich zu Unrecht angeeignet. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit diesen Vergehungen die Tätigkeit des hiesigen Verwaltungssystems in einer die Volkserhaltung der Ordnung und der Volksernährung auf das Entsetzlichste gefährdenden Weise lahmgelegt. Wir erwarten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat diese ungesetzlichen Maßnahmen sofort rückgängig machen und in Zukunft seine Tätigkeit im Rahmen der Bestimmungen des Volksgesetztes der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins vom 23. November 1918 halten wird. Es ist schmerzhaft dafür Sorge zu tragen, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ihre Tätigkeit unbehindert nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen wieder aufnehmen und fortzusetzen in der Lage sind.

Wir haben den Volksgesetzrat der Arbeiter- und Soldatenräte Neufölln über diese Schreibe überhändigt mit dem Ersuchen, auch seinerseits mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen seitens des Arbeiter- und Soldatenrats Neufölln zu erwirken.

An den Arbeiter- und Soldatenrat in Neufölln.

Noch ein Gewaltverbrechen

Eine gestern vom Magistrat einberufene Versammlung der Hilfsbeamten, die sich mit den technischen Vorarbeiten zur Aufstellung der Wahllokale für die Nationalversammlung beschäftigten, wurde von den Sozialisten auseinandergejagt worden.

Für den heutigen Truppenkonzert sind besondere Vorschriften für den Straßenschutz angeordnet worden. Die 3. Garde-Infanterie-Division, die von Tempelhof her heute nach Berlin zurückkehrt, berührt zunächst den Süden der Stadt. Bei den ersten Einmärschen hat sich ergeben, daß doch eine bessere Regelung des Straßenschutzes notwendig ist, als bis dahin vorgeesehen war. Deshalb ist jetzt die in diesen Tagen geübte Schutzmaßnahme mit etwa erforderlichen Abänderungen auf den Marschstraßen und an ihren Abzweigungen aufzuheben. Die Hauptverkehrsstraßen aber sollten sich bisher unter den Linden. Es gab es teilweise wiederholt ein recht unheimliches und gefährliches Durcheinander. Heute werden nun die „Linden“ von der Charlottenstraße bis zum Brandenburger Tor, einschließlich des Parks vor dem Tor, von Soldaten und Eisenbahnsoldaten des Volksgesetzrats besetzt. Den Fahrverkehr und was sonst noch zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehört, regelt auch hier die Hauptmannschaft.

Letzte Nachrichten. Sozialdemokratischer Sieg in Schleswig-Holstein.

Nach 18. Dezember. (Ein Drahtbericht des „Vorwärts“) Gestern lagte in Neumünster eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte von Schleswig-Holstein, die sich mit der organisatorischen Zusammenfassung der Räte der Provinz und den Delegierten zur Berliner Konferenz beschäftigte. Sie gestaltete sich in ihrem Verlauf zu einem glänzenden Siege der Mehrheit und zu einer völligen Niederlage der Unabhängigen. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiterräte in der Provinz Schleswig-Holstein überhört nach dem Prinzip der Verhältniswahl entsprechend der Wahlen in Preußen und Elsaß-Lothringen zu wählen sind. Das Präsentationsrecht steht gewiß der durch die Revolution geschaffenen Lage mit den sozialistischen Parteien zu. Die Vertreter der Unabhängigen bleiben bei ihrem Verbleib gegen die Neuwahlen in einer bedeutungslosen Minderheit. Für die Berliner Konferenz wurden 6 Arbeiter- und 3 Soldatenräte delegiert. Die sämtlich der sozialdemokratischen Mehrheitspartei angehören.

